

Schulz, Kurt-Ulrich
von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Gast/Gäste

Gündel, Roy

- TOP 6 -

Verwaltung

Franke, Marius
Kugel, Michael
Lehmann, Robert
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verzicht des Ratsmitglieds Horst Ruser auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2014 0708
3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Sükrü Kizilyel
4. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 10.07. und 15.07.2014
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 5.1. Mitteilung - Antrag auf Akteneinsicht "Kita Ramlingen-Ehlershausen"
Vorlage: 2014 0680
 - 5.2. Mitteilung - Mentoring-Programm zur Kommunalwahl 2016
Vorlage: 2014 0696
 - 5.3. Mitteilung - Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen
Vorlage: 2014 0681
 - 5.4. Mitteilung: Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Erhebung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen - Prüfungsmitteilung
Vorlage: 2014 0712
6. Bericht des Integrationsbeauftragten, Herrn Roy Gündel
7. Bericht zur Unterstützung von Asylbewerbern
8. Neubildung verschiedener Fachausschüsse
Vorlage: 2014 0710

9. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 2014 0670
10. Zuwendung / Spende
Vorlage: 2014 0733
11. Vorzeitige Entlassung des Stadtbrandmeisters Ulf Anderson aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2014 0713
12. Gewährleistung der Unterbringung von Asylbewerbern;
Bezugsvorlagen: 2013 0515 und 2014 0691
Vorlage: 2014 0735
13. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683
- 13.1. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683/1
14. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens
Vorlage: 2014 0682
- 14.1. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens
Vorlage: 2014 0682/1
15. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2014
Vorlage: 2014 0548/4
16. Einrichtung einer Offenen Ganztagschule am Gymnasium Burgdorf
Vorlage: 2014 0689
17. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2014 0678
18. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Weiteres Vorgehen
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389, 2014 0547, 2014 0665
Vorlage: 2014 0716
19. Überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Budget der Feuerwehr
Vorlage: 2014 0741
20. Naherholungsfunktion für die Bürger der Stadt Burgdorf, z. B. durch den Erwerb von Seen im Burgdorfer Land
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.09.2014 -
Vorlage: 2014 0721
21. Wiedervereinigung Deutschlands - Drei Bäume für Deutschlands Einheit -
Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2014
Vorlage: 2014 0717

22. NEIN zur geplanten Stromautobahn "Suedlink" - JA zur Energiewende
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" im Rat der Stadt Burgdorf vom
29.09.2014 -
Vorlage: 2014 0732
23. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er erklärte, dass Frau Meißner und Herr Ruser entschuldigt seien und Herr Apel und Herr Fleischmann später kommen.

Herr Weinel wies auf eine Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt „Überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Budget der Feuerwehr – Vorlage 2014 0741“ hin. Der Tagesordnungspunkt 18 „Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule – Weiteres Vorgehen – Vorlage 2014 0716“ werde von der Tagesordnung abgesetzt, da noch Beratungsbedarf in den Fachausschüssen bestehe. Er schlug daraufhin vor, die Tischvorlage als Tagesordnungspunkt 19 zu behandeln, die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils entsprechend nach hinten.

Herr Weinel informierte darüber, dass für den Antrag der CDU vom 10.09.2014 unter dem bisherigen Tagesordnungspunkt 21 „Drei Bäume für Deutschlands Einheit“ versehentlich zwei inhaltsgleiche Vorlagen gefertigt wurden. Auf der Tagesordnung stehe die Vorlage 2014 0717, die inhaltsgleiche Vorlage trägt die Nummer 2014 0715.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Verzicht des Ratsmitglieds Horst Ruser auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Horst Ruser im Rat der Stadt Burgdorf nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG vorliegen.

3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Sükrü Kizilyel

Herr Baxmann führte die Pflichtenbelehrung des neuen Ratsmitgliedes, Herrn Sükrü Kizilyel, durch.

4. Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen des Rates vom 10.07. und 15.07.2014

Einstimmig fasste der Rat folgende

Beschlüsse:

Die Protokolle der Ratssitzungen vom 10.07.2014 und 15.07.2014 werden genehmigt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

**5.1. Mitteilung - Antrag auf Akteneinsicht "Kita Ramlingen-Ehlershausen"
Vorlage: 2014 0680**

Herr Zschoch informierte über die Erkenntnisse der Akteneinsicht und stellte fest, dass die an die Mandatsträger erteilten Auskünfte zum Teil im Widerspruch zur Aktenlage stünden. Ferner sei die Angelegenheit nicht mit der notwendigen Konsequenz und Sorgfalt bearbeitet worden. Er gehe davon aus, dass ein Beweissicherungsverfahren einen schnelleren Ablauf ermöglicht hätte. Die erhobenen Vorwürfe seien keine Schuldzuweisung an einzelne Mitarbeiter, es sei ein Fehler des Bürgermeisters.

Herr Baxmann wies die Vorwürfe „mit Entschiedenheit“ zurück. Das gesamte Verfahren sei sorgfältig dokumentiert worden und korrekt abgelaufen.

Frau Weilert-Penk forderte, dass derartige öffentliche Behauptungen begründet werden müssten.

Herr Schulz erklärte, dass er den Antrag der CDU so verstanden habe, dass man der Meinung gewesen sei, dass durch ein frühzeitiges Beweissicherungsverfahren die Sanierung des Kindergartens beschleunigt worden wäre. Er erinnerte daran, dass die Stadt Burgdorf vor 10/15 Jahren ein Beweissicherungsverfahren zur Sanierung des Nichtschwimmerbeckens im Freibad geführt habe. Das damalige Verfahren habe etliche Jahre gedauert, bis eine Entscheidung gefallen sei. Durch die jetzige Verfahrensweise sei ein schnelleres Ergebnis erreicht worden. Die Verfahrensweise der Stadt habe sich bewährt.

Herr Zschoch nannte als Beispiel, dass der Schaden angeblich im Mai aufgefallen sei und die Räumlichkeiten kurzfristig gesperrt worden seien. Laut Aktenlage hingegen sei der Schaden bereits im März bekannt geworden. Weiter wurde über Monate ein falscher Anspruchsgegner ausgewählt. Erst nachdem der richtige Anspruchsgegner gefunden worden sei, konnte das Verfahren vorangetrieben werden. Er erklärte, dass ein Beweissicherungsverfahren nach Auffassung seiner Fraktion einen schnelleren Ablauf ermöglicht hätte.

Herr Philipps führte aus, dass das Hauptproblem in derartigen Fällen darin liege, den tatsächlichen Verantwortlichen/den Schadensverursacher auszumachen, das schadensursächliche Handeln oder Unterlassen zu beweisen und so den Anspruchsgegner zu überzeugen bzw. zu bewegen, sich zu seiner Eintrittspflicht zu bekennen.

Herr Baxmann lud Herrn Zschoch zu einer gemeinsamen Akteneinsicht ein.

Der Rat nimmt die Vorlage 2014 0680 „Mitteilung – Akteneinsicht „Kita Ramlingen-Ehlershausen““ zur Kenntnis.

5.2. Mitteilung - Mentoring-Programm zur Kommunalwahl 2016 Vorlage: 2014 0696

Frau Heller erläuterte das Mentoring-Programm. Ziel sei, möglichst viele Frauen in die Kommunalpolitik einzubinden. Sie warb dafür und wies darauf hin, dass bei Interesse die Parteien und die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt als Ansprechpartner/in zur Verfügung stünden. Weiter würden verschiedene Veranstaltungen und Stammtische in Hannover und auch vor Ort angeboten.

Herr Knauer begrüßte das Mentoring-Programm und führte aus, dass Frau Heller daran teilgenommen habe.

Der Rat nimmt die Vorlage 2014 0696 „Mitteilung – Mentoring-Programm zur Kommunalwahl 2016“ zur Kenntnis.

5.3. Mitteilung - Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen Vorlage: 2014 0681

Ergänzenden Fragen wurden nicht gestellt.

Der Rat nimmt die Vorlage 2014 0681 „Mitteilung – Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen“ zur Kenntnis.

**5.4. Mitteilung: Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Erhebung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgen - Prüfungsmitteilung
Vorlage: 2014 0712**

Ergänzenden Fragen wurden nicht gestellt.

Der Rat nimmt die Vorlage 2014 0712 „Mitteilung – Überörtliche Prüfung der Stadt Burgdorf gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Erhebung von Erschließungs- und Straßenausbaubeiträgern - Prüfungsmitteilung“ zur Kenntnis.

6. Bericht des Integrationsbeauftragten, Herrn Roy Bündel

Herr Bündel und **Frau Birgin** berichteten über die Integrationsarbeit in Burgdorf. Die Präsentation sowie das Leitbild des Arbeitskreises Integration sind dem Originalprotokoll als Anlage 2 und Anlage 3 beigefügt.

Herr Bündel erklärte im Anschluss an den Vortrag seinen Rücktritt von dem Ehrenamt des Integrationsbeauftragten der Stadt Burgdorf aus persönlichen Gründen.

Herr Hinz bedauerte den Rücktritt und führte aus, dass der Vortrag gezeigt habe, dass mit einer hohen Kompetenz gearbeitet worden sei. Wenn es jedoch Angriffe gegen die Person gebe und diese beschädigt werde, müsse der Betroffene entscheiden, wie damit umzugehen sei. Der Rücktritt werde mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Herr Knauer sprach Herrn Bündel seinen Dank aus, für dieses Amt zur Verfügung gestanden zu haben, und erklärte sein Bedauern über den Rücktritt. Er regte eine Aufklärung der Gründe in vertraulicher Sitzung an. **Herr Knauer** hoffte, dass es in der Folge keinen Rückschlag für die Integrationsarbeit in Burgdorf gebe.

Herr Zschoch dankte Herrn Bündel und Frau Birgin für den Vortrag. Es sei deutlich geworden, dass in Burgdorf eine gute Integrationsarbeit geleistet werde. Er forderte dazu auf, die Sache in den Vordergrund zu stellen. Die guten Grundlagen und das Netzwerk sollten nicht beschädigt werden.

Herr Apel erklärte, dass ihn der Rücktritt schockiere. Er habe sich bisher wenig mit dem Thema Integrationsarbeit befasst. **Herr Apel** stellte die Frage, wie Integration nach außen funktionieren solle, wenn durch die Akteure nach innen keine Integration gelebt werde.

Herr Schulz führte aus, dass er nach dem Vortrag angenommen habe, dass der schwere Start überwunden und die Integrationsarbeit auf einem guten Weg sei. Die Ursachen seien für ihn nicht ausreichend deutlich geworden.

Frau Birgin betonte, dass die Zusammenarbeit stets gut funktioniert habe und die gegenseitige Kommunikation immer gegeben gewesen sei. Sie hoffte, dass Herr Gündel die Entscheidung nochmal überdenken werde.

Herr Kugel sprach Herrn Gündel für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

7. Bericht zur Unterstützung von Asylbewerbern

Herr Kugel hielt den diesem Protokoll als Anlage 4 beigefügten Bericht zur Unterstützung von Asylbewerbern. Er dankte allen, die sich für Flüchtlinge engagierten.

8. Neubildung verschiedener Fachausschüsse Vorlage: 2014 0710

Herr Hinz teilte mit, dass Herr Kizilyel in den Fachausschüssen und Herr Kuyucu bei der Musikschule die jeweils vakanten Sitze von Herrn Ruser übernehmen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

A Die Zusammensetzung der nachstehenden Fachausschüsse wird wie folgt festgestellt:

- 1. Ausschuss für Umwelt und Verkehr (Anlage 5 des Protokolls)**
- 2. Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport (Anlage 6 des Protokolls)**
- 3. Ausschuss für Soziales und Integration (Anlage 7 des Protokolls)**
- 4. Feuerwehrausschuss (Anlage 8 des Protokolls)**
- 5. Jugendhilfeausschuss (Anlage 9 des Protokolls)**
- 6. Umlegungsausschuss (Anlage 10 des Protokolls)**

B Die Stadt Burgdorf wird in der Mitgliederversammlung der „Musikschule Ostkreis Hannover e. V.“ vertreten durch:

	Mitglied	Stellv. Mitglied
1	Michael Rheinhardt	Gero von Oettingen
2	Ahmet Kuyucu	Claudia Meißner
3	Stadtrat Michael Kugel	

Die Stadt Burgdorf wird im Vorstand der „Musikschule Ostkreis Hannover e. V.“ vertreten durch:

	Mitglied	Stellv. Mitglieder
1	Michael Rheinhardt	Ahmet Kuyucu
2	Stadtrat Michael Kugel	

9. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2013

Vorlage: 2014 0670

Herr Baxmann, Herr Pilgrim und **Herr Plaß** waren während der Beratung und Abstimmung nicht anwesend.

Herr Fleischmann erklärte, dass er gegen die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse stimmen werde. Er kritisierte die Höhe des bei Girokonten erhobenen Zinssatzes für Dispokredite sowie den Überziehungszinssatz über diesen hinaus. Er forderte einen Zinssatz von höchstens 6 Prozent und begründete diese Forderung damit, dass die Geldbeschaffung auf dem Kapitalmarkt für Kreditinstitute derzeit nahezu zinsfrei sei.

Herr Hinz merkte an, dass trotz der aktuellen Zinslage erhebliche Gewinne erwirtschaftet worden seien. Durch die Sparkasse vor Ort habe Burgdorf einen großen Vorteil gegenüber anderen Städten. Die SPD-Fraktion werde die Entlastung erteilen.

Herr Schulz erklärte, dass die von Herrn Fleischmann gewünschten Zinssätze nicht möglich seien. Die Sparkasse leiste ein hohes Engagement für Burgdorf, u.a. durch die Förderung von Kunst und Kultur, das soziale Engagement, die Sportförderung und die Abführung an die Stadt. Die WGS werde der Entlastungserteilung zustimmen.

Herr Apel sprach der Sparkasse und dem Verwaltungsrat Dank aus und informierte darüber, dass die CDU der Entlastung zustimmen werde. Bei der aktuellen niedrigen Zinspolitik der EZB sei es kein leichtes Jahr für Banken gewesen. Es herrsche ein verschärfter Wettbewerb, die rechtlichen Rahmenbedingungen hätten sich geändert und der Verbraucherschutz habe zugenommen. Für den Erhalt der Eigenständigkeit müsse die Eigenkapitalbildung gewährleistet sein. **Herr Apel** erinnerte an das Unternehmensziel des gesellschaftlichen Engagements, u.a. durch die Förderung sozialer Projekte.

Mit 28 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2013 durch die Prüfungsstelle des Nds. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

10. Zuwendung / Spende Vorlage: 2014 0733

Herr Peters war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgende Zuwendung wird angenommen:

- **Sachzuwendung in Höhe von 10.170,30 € für zwei Geräte für den Aktivpark im Stadtpark vom Förderkreis für Burgdorfer**

Senioren e.V..

11. **Vorzeitige Entlassung des Stadtbrandmeisters Ulf Anderson aus dem Ehrenbeamtenverhältnis** **Vorlage: 2014 0713**

Herr Hinz sprach Herrn Anderson für seine langjährige ehrenamtliche Arbeit als Stadtbrandmeister seinen Dank aus.

Herr Peters war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlassung von Herrn Ulf Anderson mit Wirkung zum 30.09.2014 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Stadtbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf.

12. **Gewährleistung der Unterbringung von Asylbewerbern;** **Bezugsvorlagen: 2013 0515 und 2014 0691** **Vorlage: 2014 0735**

Herr Morich lobte, dass die Vorlage zur Beschlussfassung bereits auf der Tagesordnung des Rates stehe, obwohl sie erst am vergangenen Montag im Ausschuss beraten worden sei. Er führte aus, dass es eine Pflicht in Burgdorf sei, Menschen aufzunehmen. Die für die Unterbringung vorgesehenen Containerwohnanlagen böten einen hohen Qualitätsstandard. Die Menschen suchten hier eine neue Heimat. Er schlug vor, die Menschen schnellstmöglich in den Arbeitsprozess mit einzubeziehen.

Herr Knauer erklärte, dass derzeit Handlungsbedarf bestehe. Die mobilen Container-Wohneinheiten böten einen ganz anderen Standard als noch vor Jahren und seien sanierungsbedürftigen Gebäuden gegenüber zu bevorzugen. Aktuell gebe es eine niedrigere Zuwanderung als in den 90er Jahren. Es sei dennoch mit weiteren Flüchtlingen zu rechnen. Er schlug vor, sie nicht nur auf einen Standort zu verteilen.

Herr Kugel führte aus, dass man die Menschen unterbringen müsse und auch wolle. In einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe seien im Auswahlverfahren von anfangs 20 potenziellen Standorten zunächst 3 Standorte als geeignet erachtet und ausgewählt worden. Anschließend sei der erarbeitete Stufenplan den politischen Gremien vorgestellt worden. **Herr Kugel** erläuterte die weitere Vorgehensweise. Er informierte darüber, dass die Anordnung der Wohnanlage auf dem Grundstück in der Friederikenstraße bisher nicht feststehe. Sie werde etwa die Fläche von 15 m x 30 m bei 5,5 m Höhe in zweigeschossiger Bauweise in Anspruch nehmen.

Herr Schrader kritisierte, dass dieses Thema nicht im Bauausschuss behandelt worden sei. Er fragte, warum am Standort Drei Eichen die vorhandene Bebauung nicht nutzbar sei und weshalb die Nutzung der Fläche in der Eseringer Straße nicht vorgezogen werde.

Herr Kugel antwortete, dass der Bestand am Standort Drei Eichen nur im

Erdgeschoss nutzbar sei. Im Gebäude seien noch Kohleöfen vorhanden, welche keinem angemessenen Standard mehr entsprächen. Die Nutzung des Obergeschosses sei nicht zulässig. Die Kosten für den Umbau seien höher als die für einen Abbruch mit anschließendem Neubau. Dieses sei bei der defizitären Haushaltslage nicht darstellbar. Er erläuterte, dass am Standort Eseringer Straße u.a. Altlasten im Grund und Boden vorhanden seien, für deren Entsorgung auch Haushaltsmittel angemeldet worden seien. Das Gelände an der Friederikenstraße ermögliche den schnellstmöglichen Bau der Wohnanlage in Modulbauweise.

Herr Zschoch teilte mit, dass die CDU die Vorlage mittrage. Es müsse schnell angemessener Wohnraum gefunden werden. Die Akzeptanz in der Bevölkerung hänge auch davon ab, dass die Menschen informiert und mitgenommen werden. Auch Ängste und Bedenken müssten wahrgenommen werden. In der Vergangenheit habe es diesbezüglich eine andere Stimmung und andere Bedenken gegeben. Es müsse bedacht werden, dass die Menschen vor terroristischen Gruppierungen fliehen und Angst um ihr Leben und ihr Wohlergehen hätten.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Für die Unterbringung von Flüchtlingen werden die Standorte Friederikenstraße (gegenüber den vorhandenen Unterkünften), Drei Eichen und Eseringer Straße in der Reihenfolge der Nennung vorgesehen.**

In der ersten Stufe wird am Standort Friederikenstraße ein angemieteter mobiler Wohnkomplex für 40 Personen errichtet.

- 2. Bei sich ergebendem Bedarf wird eine weitere Wohnanlage auf Mietbasis auf dem Grundstück Drei Eichen errichtet.**

Die Gremien sind hierüber rechtzeitig vorher zu informieren.

- 3. Für den Standort Friederikenstraße werden im Haushalt 2015 folgende Aufwendungen eingestellt:**

Miete (bei einer Mietzeit von 5 Jahren)	
für ein Gebäude auf dem Grundstück Friederikenstraße	
Aufwand für Fundament und Hausanschlüsse	1.
Abschreibungen für Zaun	
Transport- und Aufbaukosten	
Bewirtschaftungskosten	
Gesamt	<u>2.</u>

Dem gegenüber stehen Erträge aus Nutzungsentschädigungen von 132.600,00 €.

Im Investitionshaushalt werden für 2015 Kosten für die Einzäunung des Grundstücks in Höhe von 13.000,00 € aufgenommen.

Für den Standort Drei Eichen werden im Haushalt 2015 folgende Aufwendungen eingestellt:

Miete (bei einer Mietzeit von 5 Jahren)	
Aufwand für Fundament und Hausanschlüsse	1.

**Transport- und Aufbaurkosten
Bewirtschaftungskosten
Gesamt**

**16.500,00 €
3.300,00 €
175.400,00 €**

**Dem gegenüber stehen Erträge (bei Bezug ab November 2015) aus
Nutzungsentschädigungen von 25.600,00 €.**

**13. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683**

Siehe Tagesordnungspunkt 13.1.

**13.1. Förderung für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus
Vorlage: 2014 0683/1**

Herr Hinz führte aus, dass die vom Bund aufgestellten Regeln für die Führung der Mehrgenerationenhäuser besagten, dass die Kommune vor Ort sich an der Förderung beteiligen müsse. Angesichts der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus aller Welt, die in Burgdorf eine neue Heimat suchen, brauche man alle Organisationen und Freiwilligen, die sich für diese Menschen einsetzen. Das Mehrgenerationenhaus stelle einen wichtigen Baustein im Rahmen der Betreuung der betroffenen Menschen und deren Integration dar. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die Arbeit des Mehrgenerationenhauses unterstütze. Das Mehrgenerationenhaus in Burgdorf sei eine hervorragende Einrichtung, die das soziale Leben fördere und positive Beiträge u.a. auch für die Integration leiste. Der Zuschuss sei eine sinnvolle Investition. Zum Tagesordnungspunkt 14 erklärte **Herr Zschoch**, dass auch das Engagement dieser Einrichtung begrüßt werde und die Finanzierung der Personalstelle eine sinnvolle Investition sei.

Herr Schulz erinnerte an das erläuternde Schreiben des Mehrgenerationenhauses an die Ratsmitglieder. Eine Voraussetzung für die Förderung durch Bund und Land sei auch die Mitfinanzierung seitens der Kommune. Die Bundesregierung wolle auch in den nächsten Jahren weiter fördern. Es sei gut angelegtes Geld. **Herr Schulz** erklärte, dass auch die Finanzierung der Personalstelle unter Tagesordnungspunkt 14 eine wichtige Aufgabe sei. Er erklärte, dass die WGS-Fraktion beiden Anträgen zustimmen werde.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

In den Haushalt der Stadt Burgdorf werden für die Jahre 2015 und 2016 Zuschüsse für das Burgdorfer Mehrgenerationenhaus von jeweils 5.000,00 € eingestellt. Die Beträge werden - unter der Voraussetzung, dass der Bund und das Land die Förderung für Mehrgenerationenhäuser fortsetzen - in den jeweiligen Jahren ausbezahlt.

**14. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens
Vorlage: 2014 0682**

Siehe Tagesordnungspunkt 14.1.

**14.1. Finanzierung Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring, Stelle Barbara Martens
Vorlage: 2014 0682/1**

Herr Hinz führte aus, dass der Nachbarschaftstreff eine Anlaufstelle für Menschen sei, welche auf Dauer blieben. Wenn eine Integration gewünscht sei, sollte die ½ Personalstelle finanziert werden. Alleine diese Finanzierung sei jedoch nicht ausreichend. Den Kooperationspartnern werde durch die Anhebung der städtischen Zuschüsse eine faire Bezahlung ermöglicht. Die darüber hinaus fehlenden Beträge würden durch die Kooperationspartner selbst aufgebracht.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Zur Finanzierung der Personalstelle für das Kooperationsprojekt Nachbarschaftstreff im Ostlandring wird in den Haushalt 2015 ein Personalkostenzuschuss von 20.500,00 €, der die Personalstelle von Frau Barbara Martens mit 15 Arbeitsstunden wöchentlich abdeckt, eingestellt. Dieser Betrag soll im Jahr 2015 zur Auszahlung kommen.

**15. Kindertagesstättenbedarfsplanung 2014
Vorlage: 2014 0548/4**

Frau Gersemann führte aus, dass der Betreuungsbedarf vorhanden sei. Die Ausweitung von Betreuungszeiten müsse häufig nachjustiert werden und auf gesteigerte Nachfrage werde flexibel reagiert. Die Kindertagesstätten in Burgdorf würden wertgeschätzt und leisteten eine gute pädagogische Arbeit. Sie merkte positiv an, dass in allen Krippengruppen eine 3. Kraft stundenweise eingesetzt werde. Im Jahr 2015 gebe es eine zusätzliche Unterstützung seitens des Landes, so dass die Planungen ausgeweitet werden können.

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Kindertagesstättenbedarfsplan 2014 wird zur Betreuung von Kindergartenkindern in der Kernstadt abhängig vom Bedarf um folgende Maßnahmen ergänzt:

1. Die Kindergartenkleingruppe in der Kindertagesstätte Sorgenen wird in eine normale Regelgruppe à 25 Kinder ausgeweitet. Die Betreuungszeit wird zunächst für eine Kleingruppe von bis zu 10 Kindern von 12:30 Uhr auf 15:00 Uhr ausgeweitet und nur bei einem übersteigenden Bedarf für die ganze Gruppe.
2. In der Kindertagesstätte Gartenstraße wird die Betreuungszeit der Kindergartenvormittagsgruppe für bis zu 10 Plätze von 13:00 Uhr auf 15:00 Uhr erweitert.

16. **Einrichtung einer Offenen Ganztagschule am Gymnasium Burgdorf
Vorlage: 2014 0689**

Frau Gersemann begrüßte die Einführung der OGS am Gymnasium. Sie führte aus, dass dies ein wichtiger Beitrag zur Attraktivitätssteigerung für den Schulstandort Burgdorf sei. Die Schullandschaft werde schöner und reicher. Die Nachfrage nach Ganztagsangeboten steige. Die qualifizierte Hausaufgabenbetreuung, in die ältere Schüler eingebunden würden, um anderen Schülern zu helfen, sei identitätsfördernd – die Schüler identifizieren sich mit ihrer Schule. **Frau Gersemann** äußerte, dass sie sich gute und vielfältige Kooperationspartner wünsche. Jede Schule erhalte die Chance sich weiter zu entwickeln, Konkurrenz untereinander und Kooperation miteinander schlossen sich nicht aus.

Herr Braun erinnerte an die Einführung der OGS an den Schulen in Burgdorf in den vergangenen Jahren. Er betonte, dass auch die gebundene Ganztagschule wünschenswert sei. Im nächsten Jahr werde die IGS eingeführt, der Bildungsstandort Burgdorf sei zukunftsfähig.

Herr Obst erklärte, dass die Einführung einer OGS am Gymnasium eine weitere Attraktivität für den Schulstandort Burgdorf bedeute. Im Rahmen der Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule müsse der Raumbedarf des Gymnasiums zukunftsfähig abgedeckt bleiben. Die bestehenden Probleme hinsichtlich der geplanten Größe der Mensa und der Bibliothek sollten vor der Umsetzung geklärt werden.

Herr Schulz lobte die Arbeit der Schulleitung des Gymnasiums und führte aus, dass engagierte Lehrer eine gute Schulleitung erforderten. Durch die Einführung der OGS werde etwas für das Gymnasium getan.

Herr Peters stellte fest, dass die CDU-Fraktion die Einführung der OGS begrüße. Das Gymnasium genieße einen guten Ruf in Burgdorf. Er gab zu bedenken, dass die große Anzahl von Schülern die zukunftsfähige Sicherstellung von Räumlichkeiten und Materialien erfordere. Die OGS gewährleiste die Vereinbarung von Familie und Beruf, und die gesunde Ernährung sei in dieser Gesellschaft wichtig. Konkurrenz sei wichtig, nur so sei bei gleichen Voraussetzungen eine Weiterentwicklung möglich.

Herr Fleischmann erklärte, dass er die Einführung der OGS mittragen werde. Langfristig sei die IGS mit einer Oberstufe wünschenswert, im Gegenzug halte er das Gymnasium zukünftig für überflüssig. Eine IGS mit Oberstufe sei die beste Möglichkeit, um Unterschiede auszugleichen.

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

1. Dem Antrag des Gymnasiums Burgdorf auf Einrichtung einer „Offenen Ganztagschule“ mit Beginn des Schuljahres 2015/16 wird seitens des Schulträgers auf Grundlage des verfolgten Konzepts zugestimmt.
2. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Einrichtung der „Offenen Ganztagschule“ werden (erstmalig über den Haushalt 2015) zur Verfügung gestellt, sofern das Land Niedersachsen den Antrag des Gymnasiums Burgdorf genehmigt. Die finanzielle Unterstützung der Offenen Ganztagschule durch das Land Niedersachsen wird dabei vorausgesetzt.

**17. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2014 0678**

Herr Baxmann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbstständig nutzbaren Teileinrichtungen (Beleuchtungen) / Abschnitte bei den in der Vorlage genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.

**18. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Weiteres Vorgehen
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389, 2014 0547, 2014 0665
Vorlage: 2014 0716**

- A b g e s e t z t -

**19. Überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Budget der Feuerwehr
Vorlage: 2014 0741**

Herr Schulz sprach sich für die kurzfristige Bereitstellung der Haushaltsmittel aus.

Herr Philipps erläuterte, dass lt. dem Brandschutzgesetz die Leistungen der Feuerwehr bei Unfällen grundsätzlich kostenfrei seien. Dieser Einsatz

habe aus dem eigentlichen Brandeinsatz und einem folgenden Gefahr-guteinsatz bestanden. Seitens der Verwaltung werde angestrebt, angefallene Kosten entsprechend der Gebührensatzung bei der Versicherung der Firma geltend zu machen. Schutzanzüge seien zu ersetzen und Entsorgungskosten seien angefallen. Fraglich sei, ob und in welcher Höhe Ersatzleistungen geleistet werden.

Herr Baxmann und **Frau Weilert-Penk** waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt gem. § 117 Abs. 1 NKomVG den überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von insgesamt 70.000,00 € bei den Produktkonten 12600.426100 / 12600.727100 (Besondere Aufwendungen für Beschäftigte / Besondere Auszahlungen für Beschäftigte) sowie 12600.427100 / 12600.727100 (Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen / Besondere Verwaltungs- und Betriebsauszahlungen) zu.

20. **Naherholungsfunktion für die Bürger der Stadt Burgdorf, z. B. durch den Erwerb von Seen im Burgdorfer Land
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.09.2014 -
Vorlage: 2014 0721**
-

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag.

Herr Schulz erklärte, dass er den Antrag verstehen könne, aber nicht sehe, wie man das finanzieren wolle. Es müsse u.a. Aufsichtspersonal eingestellt werden. Dafür entstünden Kosten und dafür müssten die Steuersätze erhöht werden. **Herr Schulz** wies auf die Vorlage 2014 0725 hin. Das regionale Naherholungsprogramm sollte abgewartet werden und danach könne man daraus Schlüsse ziehen. Die WGS-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, da es vor diesem Hintergrund nicht erforderlich sei, ihn im Ausschuss zu beraten.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass dieses Projekt nicht mit der Verwaltungsökonomie zu vereinbaren sei. Er wies auf entstehende Pflichten und insbesondere auf die entstehende Verkehrssicherungspflicht hin. **Herr Baxmann** sprach sich dafür aus, die von Herrn Schulz angesprochene Vorlage zu beraten und das Konzept der Region abzuwarten. Die Verwaltung sollte mit diesem Antrag nicht belastet werden.

Herr Rheinhardt erinnerte an die mit der Freibad-Sanierung angestrebten Ziele. Diese stünden im Widerspruch zu diesem Antrag. Er wies auf die Gefahren des Ertrinkens beim Baden in derartigen Gewässern hin und sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Fleischmann beantragte die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Mit 17 Jastimmen, 14 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat

folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen.

- 21. Wiedervereinigung Deutschlands - Drei Bäume für Deutschlands Einheit -
Antrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2014
Vorlage: 2014 0717**
-

Herr von Oettingen erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Als Standort komme in Burgdorf der Stadtpark in Frage, in den Ortschaften könne dies mit den Ortsvorstehern abgestimmt werden.

Herr Schrader erinnerte an die zahlreichen zur 700 Jahr-Feier gepflanzten Bäume. Er bemängelte das unterschiedliche Wachstum der Bäume.

Herr von Oettingen beantragte die Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen.

- 22. NEIN zur geplanten Stromautobahn "Suedlink" - JA zur Energiewende - Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Die Linke" im Rat der Stadt Burgdorf vom 29.09.2014 -
Vorlage: 2014 0732**
-

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag.

Herr Baxmann merkte an, dass im Zuge der Energiewende die Versorgung nicht ausschließlich dezentral erfolgen könne. Die Anpassung der Stromnetze sei zwingend erforderlich. Eine Industriegesellschaft wie unsere müsse auch ohne Wind und Sonne funktionsfähig sein. Eine entsprechende Infrastruktur und Netze seien dafür notwendig. Eine geringstmögliche Belastung der Menschen sei anzustreben.

Herr Fleischmann beantragte die Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Mit 16 Jastimmen, 15 Neinstimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen.

23. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- K e i n e -

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind als Anlage 11 dem Protokoll beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer